Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der rote Stern / Der kommun. Genossenschafter / Wirtschaftl. Rundschau / Der proletarische Kulturkampf / Für unsere Frauen / Energie

Bezugspreis monatl. frei Haus 2,50 M. (halbmonatl. 1,25 M.) durch die Post bezogen monatl. 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-A. 1 / Geschäftsstelle u. Expedition Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17259 / Postscheckkonto: Dresden Nr. 18690, Dresdner Verlagsgesellschaft / Schriftleitung: Dresden-A. 1, Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwochs 16–18 Uhr, Sonnabends 13–14 Uhr

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,35 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM. (für die Reklamezeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Textzeile 1,50 RM. Anzeigen-Annahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

5 Jahrgang — Dresden, Dienstag den 22. Januar 1929 — Nummer 18

Die zweite Panzerkreuzer-Rate bewilligt!

Die SPD-Minister brechen ihr Versprechen / 704 Millionen Reichswehretat / Der Hilferding-Etat angenommen

Berlin, 22. Jan. (Eig. Drahtmeldung.) Das Reichskabinett hat gestern den Hilferding-Etat angenommen. Damit haben die sozialdemokratischen Minister auch der zweiten Panzerkreuzerrate zugestimmt. Der Reichswehretat verlangt bekanntlich für das Jahr 1929 die Bewilligung von 704 Millionen Mark und enthält damit auch die zweite Rate für den Panzerkreuzer A. An einmaligen Ausgaben der Reichsmarine werden für das Panzerschiff in diesem Jahre 9,8 Millionen Mark, außerdem 3,4 Millionen Mark für die Artilleriearmierung und 200000 Mark für die Torpedoarmierung gefordert. Also insgesamt 13,4 Millionen Mark gegenüber 6 Millionen, die die SPD-Minister im Vorjahre bewilligt haben.

Was wir Kommunisten während des Volksentscheids gegen den Panzerkreuzer und nachher den sozialdemokratischen Arbeitern gesagt haben, ist zur Tatsache geworden.

Ohne Zaudern gaben die Müller, Severing, Hilferding und Wissell ihre Zustimmung. Was kümmerte sie ihr Versprechen, gegen die zweite Panzerkreuzerrate zu stimmen, sie pfeifen auf die Empörung der sozialdemokratischen Arbeiterschaft gegen die Panzerkreuzerpolitik ihrer Führer. Die Interessen der Koalitionspolitik mit der Bourgeoisie diktieren den SPD-Führern ihr Handeln. Was sagen die SPD-Arbeiter zu dieser neuen unerhörten Schandtat? Wollen sie sich wieder bluffen lassen wie beim erstenmal?

Die Stellung der SPD-Führer zum Wehretat und zur Bewilligung der zweiten Panzerkreuzerrate ist klar. Die Kommunisten haben schon im Vorjahre anläßlich der Zustimmung der SPD-Minister zur ersten Rate die Arbeiterschaft darauf hingewiesen, daß sie auch die weiteren Raten für den Panzerkreuzer bewilligen werden. Das ist geschehen. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird direkt oder indirekt den Bau des Panzerkreuzers A sichern helfen. Sie werden sich den Teufel um die Proteste der sozialdemokratischen Ortsgruppen und Arbeiter kümmern, die sich im Vorjahre stürmisch gegen die Schandtat der SPD-Minister wandten. Damals war es nur möglich, die scharfe Opposition abzubremsen, indem sie versprachen, gegen die zweite Rate des Panzerkreuzers zu stimmen. Die Furcht vor einer verschärften Opposition der Mitglieder läßt es möglich erscheinen, daß die SPD-Führer in der Einzelberatung des Wehretats gegen den Panzerkreuzer stimmen. Es ist jedoch ohne Zweifel, daß sie dem gesamten Wehretat ihre Zustimmung geben werden und damit, wie die Minister, faktisch auch die Mittel für die zweite Rate des Panzerkreuzers bewilligen. Das Wehrprogramm mit seiner Bejahung der Wehrmacht für den kapitalistischen Staat läßt gar keinen anderen Weg zu.

Die sozialdemokratischen Minister, die dem Hilferding-Etat im Einverständnis mit der Parteiführung ihre Zustimmung gegeben haben, liefern jetzt den sozialdemokratischen Arbeitern einen neuen Beweis dafür, wie die Sozialdemokratie sich mit Haut und Haaren für die imperialistische Aufrüstung der deutschen Bourgeoisie einsetzt. Die Zustimmung zum Hilferding-Etat und damit zur zweiten Rate des Panzerkreuzers A ist die Antwort, die praktische Auswirkung der Koalitionspolitik, gegen die die radikal verbrämten linkssozialdemokratischen Führer vor kurzem auf dem Landesparteitag in Leipzig mit starken Worten zu Felde gezogen sind. Die Zustimmung zu diesem arbeiterfeindlichen Koalitionsetat muß jedem sozialdemokratischen Arbeiter begreiflich machen, daß es vergeblich ist, mit radikalen Tönen und Resolutionen gegen diesen verderblichen Kurs der sozialdemokratischen Führer zu protestieren. Das radikale Getue der Edel und Liebmann, Fleißner und Menke ist leerer Schall und Rauch, ist eine radikale Geste, die nur dazu dienen soll, die sozialdemokratischen Arbeiter weiterhin an den Panzerkreuzerkurs der SPD-Führer zu ketten. Die Zustimmung zur zweiten Rate des Panzerkreuzers muß jetzt die sozialdemokratischen Arbeiter zur Erkenntnis bringen, daß nur eine konsequente **Loslösung von den reformistischen Führern**, ihr Zusammenschluß mit den Kommunisten, einen wirklichen Kampf gegen die imperialistische Aufrüstung der deutschen Bourgeoisie ermöglicht. Nicht Resolutionen, sondern nur revolutionärer Kampf gegen den imperialistischen Krieg und die sozialdemokratischen Lakaien der Imperialisten, wie ihn die Kommunistische Partei führt, kann helfen.

SPD-Minister wecken Grener

Berlin, 22. Jan. (Eig. Drahtmeldung.)

Die kommunistische Reichstagsfraktion brachte folgende Interpellation ein:

„Die Bekanntgabe der Grönerschen Denkschrift zur Panzerkreuzerfrage hat im vollen Umfang die kommunistischen Anklagen über den kriegerischen Zug der Panzerkreuzerbauten und die imperialistische Politik der deutschen Bourgeoisie und Sozialdemokratie bestätigt. Der Reichswehrminister Gröner zeigt in dieser Denkschrift offen die Absichten der deutschen Imperialisten, einen kriegerischen Konflikt durch die militärische Verteidigung Deutschlands zur imperialistischen Machtstärkung der deutschen Bourgeoisie und ihrer sozialdemokratischen Helfer auszunutzen.

Die Denkschrift zeigt ferner die Bereitschaft der deutschen Bourgeoisie sich auch militärisch durch die Reichswehr und Reichsmarine an dem geplanten Kriegszug der kapitalistischen Mächte des Westens gegen die sozialistische Sowjetunion aktiv zu beteiligen.

Die Denkschrift enthüllt schließlich deutlich die von Gröner in seiner Reichstagsrede zur Begründung des Panzerkreuzerbaues gebrauchten Phrasen der „Verteidigung der Neutralität" und zeigt den wirklich kriegerischen Zug der deutschen militärischen Aufrüstung.

Der Reichskanzler Hermann Müller hat sich mit der Denkschrift des Reichswehrministers solidarisiert, indem er sich bei der Panzerkreuzerdebatte weigerte, diese Denkschrift dem Reichstag vorzulegen.

Ist die Reichsregierung und der Reichskanzler Hermann Müller, der nach der Verfassung „die Politik der Reichsregierung verantwortlich führt", bereit, sich sofort wegen der in dieser Denkschrift enthüllten Pläne der deutschen Außenpolitik und der Aufrüstung und Kriegspolitik vor dem Reichstag zu verantworten?"

Der Kampf in Afghanistan

England schickt Flugzeuge / Habib Ullah ermordet? / Aman Ullah rüstet zu neuen Kämpfen

Die Lage in Afghanistan ist nach wie vor unklar. Aus den nachfolgenden Meldungen schälen sich jedoch bereits zwei Punkte mit aller Schärfe heraus: Einmal, daß die Rebellen unter aktivster Unterstützung — wahrscheinlich sogar der Leitung — Englands kämpfen und daß die Bewegung der Rebellen vollständig unter Kontrolle Englands für England und gegen die „anderen europäischen Staaten" offensichtlich gegen die Sowjetunion kämpfen. Zum anderen zeigt sich, daß Aman Ullah sich durchaus nicht geschlagen gibt, sondern zu neuen Kämpfen rüstet. Dabei scheint er im ganzen Lande auf starke Sympathie zu stoßen.

•

Der neue Machthaber in Afghanistan tot?

TU Berlin. Wie der Lokalanzeiger aus London meldet, sind aus Peschawar Meldungen eingetroffen, wonach dort sehr bestimmt auftretende Gerüchte im Umlauf sind, die besagen, daß der neue Machthaber in Afghanistan, Habib Ullah, getötet sei. Eine Version behauptet, er sei geflohen.

•

Die Gerüchte über die Ermordung Habib Ullahs dementiert

TU Kairo. Wie aus Kabul gemeldet wird, dementiert die britische Gesandtschaft in Kabul die Gerüchte über die Ermordung des Königs Habib Ullah. Das Dementi erklärt, daß der König die Verhandlungen über die Bildung eines neuen Kabinetts beendet habe. Der König befinde sich in Afghanistan und bereite einen neuen Angriff gegen Aman Ullah vor.

•

England unterstützt aktiv die Rebellen

Verstärkung des britischen Luftgeschwaders an der afghanischen Grenze

TU London. In Karachi sind am Sonntag zwei Geschwader der britischen Luftstreitkräfte eingetroffen. Von Karachi werden sie sich nach der indisch-afghanischen Grenze begeben.

•

Unter Englands Einfluß

Moskau, 22. Jan. (Eig. Drahtmeldung.)

Die Banditen Habib Ullahs haben noch keine neue Regierung gebildet. Das Unterrichts- und Justizministerium sind aufgehoben. Die weltlichen Schulen wurden geschlossen. Das Kadigericht soll wieder eingeführt werden. Bei Habib Ullah besteht Neigung, sämtliche Beziehungen mit dem Ausland, außer mit England, abzubrechen und den Staat wieder in die Lage zurückzuversetzen, die vor der Verkündung der Unabhängigkeit Afghanistans bestand. Die englische Gesandtschaft soll bereits entsprechende Vorschläge gemacht haben. Dieser Plan stößt auf den Widerstand der Kaufmannschaft.

•

Aman Ullah rüstet zu neuen Kämpfen

TU. Kairo. Wie aus Kandahar gemeldet wird, ist dort der ehemalige Oberbefehlshaber der afghanischen Truppen Aman Ullahs, General Mohammed Wali Khan, eingetroffen, der den Kampf der Regierungstruppen gegen die Aufständischen geleitet hat. Der General wurde von Aman Ullah mit weiteren militärischen Unternehmungen gegen die Aufständischen betraut. In Kandahar sind vier Mitglieder des Kabinetts Aman Ullah eingetroffen. Die Vorbereitungen zu weiteren Kämpfen gegen den neuen König Habib Ullah werden fortgesetzt. König Aman Ullah hat erklärt, daß er in der nächsten Zeit auf Umwegen mit ausländischen Gesandtschaften in Verbindung treten werde, um sie über den bevorstehenden Plan zur Bekämpfung der Aufständischen in Afghanistan zu unterrichten. Er hoffe, daß die ausländischen Gesandtschaften in Kabul in keine Beziehungen zu den Aufständischen treten würden.

Rebellion französischer Kolonialsklaven

Paris, 21. Januar. (Eig. Drahtmeldung.)

Aus dem französischen Kongogebiet werden Aufstände der einheimischen Bevölkerung gemeldet. Die Aufständischen sind dazu übergegangen, Viehherden zu rauben und die Wächter zu töten. In Glunghi ist es anläßlich der Einweihung einer neuen Straße ebenfalls zu Zusammenstößen gekommen, in deren Verlauf 2 Europäer getötet und 10 gefangengenommen wurden.

Neue Arbeitermorde in Oesterreich

Wien, 21. Januar. (Eigener Drahtbericht.)

In Oesterreich ereigneten sich in den letzten Tagen zwei neue Mordtaten der Faschisten an Arbeitern. Vor einigen Tagen war in Rohrbach der Arbeiter Kutrowat mit einem als Freischärler bekannten Bürgermeister des Ortes in Streit geraten. Er wurde später in einem Gasthause von zwei Gendarmen verhaftet und brachten ihm mehrere Bajonettstiche im Oberschenkel bei. Er mußte nach dem Krankenhause gebracht werden, wo er seinen Verletzungen erlegen ist.

In der Nacht zum 14. Januar hat in Telfs in Tirol der Heimführer des Ortes den Eisenbahnarbeiter Hübner nach kurzer Auseinandersetzung mit dem Revolver durch den Hals geschossen. Hübner wurde ins Spital gebracht und schwebt in Lebensgefahr.

Die Klassengegensätze in Oesterreich spitzen sich zu, die Heimwehren haben die Parole ausgegeben, 1929 Ordnung machen zu wollen. Das Auftreten der Heimwehren ist der Sozialdemokratischen Partei Oesterreichs zu verdanken, die nicht nur jedem Kampf ausweicht, sondern dort, wo die Arbeiter zur Abwehr rüsten, den Kampf unterbindet. Ja, sie benutzt den republikanischen Schutzbund gegen die Arbeiter.

Die einzige organisierte Kraft im Kampfe gegen den Faschismus ist unsere österreichische Bruderpartei und die Arbeiterwehr.

Wieder eine Werwolf-Pleite

Hamborn, 22. Januar. (Eigene Drahtmeldung.)

Der Werwolftag am Sonntag wurde zu einer völligen Pleite der Faschisten. Eine Stunde vor der Ankunft des Werwolfs hatten sich 2000 Arbeiter am Bahnhof versammelt. Ein riesiges Polizeiaufgebot mit 8 Ueberfallkommandos schützte den Werwolfumzug, neben dem die Arbeitermassen die „Internationale" singend, herzogen. Auf dem Altmarkt fand eine Antifaschistenkundgebung mit KPD- und RFB-Rednern statt.